

Landrat bewilligt zusätzliche Polizisten

Nidwalden Das Budget 2019 des Kantons ist unter Dach und Fach. Unter anderem sagte das Parlament knapp Ja zu einer Aufstockung des Kantonsbeitrags an die Prämienverbilligung von einer Million Franken.

Martin Uebelhart
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Der Landrat beschäftigte sich gestern in der Budgetdebatte mit einem Ausbau von insgesamt 10,5 Stellen in der kantonalen Verwaltung. 500 Stellenprozente davon betrafen die Kantonspolizei. Die SVP beantragte, nur vier Stellen zu bewilligen. Schliesslich hätte man sich 2014 geeinigt, 10 Stellen schaffen zu wollen, wovon 6 in einem ersten Schritt. Für den weiteren Ausbau sei frühestens nach zwei Jahren ein Zwischenbericht vorzulegen. Karin Costanzo (CVP, Hergiswil) befürwortete den Ausbau um fünf Stellen: «Jeder von uns ist froh, wenn die Polizei schnell zur Stelle ist, für Sicherheit sorgt und präsent ist.»

Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser zeigte auf, dass Nidwalden mit einem Polizisten auf 662 Einwohner bei der Poli-

«Jeder von uns ist froh, wenn die Polizei schnell zur Stelle ist.»



Karin Costanzo
CVP-Landrätin Hergiswil

zeidichte am hinteren Ende der schweizerischen Rangliste sei. Mit dem Ausbau kommt man auf einen Wert von 614. Heute gingen die Polizisten für die Sicherheit bis an ihre Belastungsgrenze, die Überstunden würden sich mehr und mehr ansammeln.

Urs Christen (FDP, Beckenried) argumentierte, es sei wenig sinnvoll, für teures Geld Polizisten auszubilden, die dann aufgrund der Arbeitsbelastung zu anderen Korps abwanderten. Astrid von Büren (CVP, Stans) wies darauf hin, dass bei chronischer Überbelastung auch psychische Erkrankungen drohten. Der Rat folgte mit 41 zu 13 Stimmen dem Vorschlag der Regierung.

Erfolg im zweiten Anlauf

Vor Jahresfrist noch hatte der Landrat den Antrag von Regula Wyss (Grüne, Stans), den Kan-

tonsbeitrag an die Prämienverbilligung um eine Million Franken zu erhöhen, mit 41 zu 14 Stimmen abgelehnt. Den gleichen Antrag stellte sie auch gestern wieder. Mit der heutigen Ausgestaltung der Verbilligung spare der Kanton auf dem Buckel des unteren Mittelstands, hielt sie fest. Unterstützung erhielt sie unter anderem aus der CVP-Fraktion. Andreas Gander (CVP, Stans), der zum Thema Prämienverbilligung eine Interpellation eingereicht hat, ermunterte die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen. Er untermauerte seine Meinung mit neusten Zahlen des Bundes. Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) hielt fest, dass man mit mehr Mitteln näher an das Ziel des Bundes herankomme, dass die Krankenkassenprämien nicht mehr als 8 Prozent des Reineinkommens ausmachten. Mit dem denkbar knappen Resultat von 27 zu 26

Stimmen genehmigte der Rat die zusätzliche Million.

Hingegen lehnte er mit 34 zu 15 Stimmen einen Antrag von René Wallimann (CVP, Stansstad) ab. Er wollte, dass tiefe Autonummern an Fahrzeugen der kantonalen Verwaltung zugunsten der Staatskasse versteigert werden. Während einige Landräte dem Vorschlag Sympathien entgegenbrachten, wählte sich etwa Peter Waser (SVP, Buochs) in einem Kabarett.

Kürzung der Lohnerhöhung gescheitert

Edi Engelberger (FDP, Stans) wollte 40 Stellenprozente für die Denkmalpflege nur auf vier Jahre befristet bewilligen. Das lehnte der Rat mit 28 zu 23 Stimmen ab. Gescheitert ist auch ein Antrag der SVP, die vorgesehene Erhöhung der Lohnsumme für die kantonale Verwaltung zu kürzen.

Finanzdirektor Alfred Bossard hatte eingangs der Budgetdebatte festgehalten, dass es in der Tendenz das letzte Mal sein sollte, dass der Kanton beim operativen Ergebnis ein so hohes Defizit aufweise. Im Entwurf der Regierung beträgt es 17,9 Millionen Franken. Dank einer Entnahme von 15 Millionen aus den finanziellen Reserven wird das Ergebnis auf minus 2,9 Millionen Franken verbessert.

Abhängig sei das auch von Entwicklungen auf nationaler Ebene. Einerseits erwartet der Kanton von der Umsetzung der Steuervorlage Mehreinnahmen. Andererseits setzt Bossard auch auf den angestrebten Kompromiss beim Nationalen Finanzausgleich. Für 2020 und 2021 solle das strukturelle Defizit des Kantons deutlich zurückgehen.

Der Landrat genehmigte das Budget mit 54 zu 1 Stimme.

Defizit soll auf noch 12 Millionen sinken

Obwalden Unter dem Titel Finanzvorlage 2019 werden mehrheitsfähigere Teile des gescheiterten Finanzpakets im Dezember erneut dem Kantonsrat vorgelegt. Ob ein rechtmässiges Budget entsteht, ist noch nicht sicher.

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

Nach dem Nein zur Finanzstrategie 2027+ im vergangenen September droht für 2019 ein Loch von 43 Millionen Franken in der Obwaldner Staatskasse. Zu dessen Reduktion hat die Regierung dem Kantonsrat im Oktober Sofortmassnahmen vorgelegt. Damit könnte das Defizit auf 27 Millionen gesenkt werden (wir berichteten). Parallel dazu analysierte sie in Gesprächen mit Parteien und Sozialpartnern die Umsetzbarkeit von Massnahmen des gescheiterten Pakets. Die Resultate teilte die Regierung gestern nun mit: Unter dem Titel Finanzvorlage 2019 legt sie dem Kantonsrat zehn Gesetzesanpassungen vor, die das Defizit auf noch 12 Millionen Franken senken sollen. Damit möglichst viele Änderungen per 1. Januar 2019 in Kraft treten können, soll nach der Sitzung vom 5./6. Dezember am 17. eine ausserordentliche für die zweite Lesung stattfinden.

Defizit soll vor allem durch Abschreibungen sinken

Die Vorschläge betreffen Massnahmen, von denen der grösste Teil von rund 12,8 Mio. auf tiefere Abschreibungen entfällt. In den Gesprächen von allen Parteien unterstützt wurde laut Botschaft der Regierung die Einmalabschreibung des Eigenkapitals in der Höhe von 80 Millionen Franken. Diese Massnahme zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018 führt zu einer Entlastung der Rechnung 2019 von rund 7 Millionen Franken. Zudem sollen die Abschreibungsätze der tatsächlichen Lebensdauer der Investitionen angepasst werden. Dies

führt zu einer weiteren Entlastung von rund 6 Millionen. Da sich durch die tieferen Abschreibungen die Selbstfinanzierung reduziert, schlägt die Regierung die Anpassung der Schuldenbegrenzung vor. Damit darf sich der Kanton 2019 auf höchstens 50 Millionen Franken verschulden.

Als mehrheitsfähig erwiesen sich auch andere Elemente aus der Finanzstrategie. So soll die Erhebung der Zwecksteuer für das Projekt **Hochwassersicherheit** Sarneraatal durch den Ein-

bezug der Wasserbaumassnahmen an der Sarneraa in Alpnach um vier bis sechs Jahre verlängert werden. Dies entlastet die Rechnung um 200 000 Franken. Massnahmen beim **Personal** waren umstritten, insbesondere die Einschränkung des vorzeitigen Altersrücktritts. SP und die Personalverbände hielten die Reduktion der Überbrückungsrente für kontraproduktiv. Die Regierung hält daran fest, ebenso wie an einer Reduktion der Lohnfortzahlungspflicht bei Krankheit und

einer allgemeinen statt privaten Unfallversicherung. All dies soll Einsparungen von 150 000 Franken bringen.

Die Frist für den Abbau von 20 **Vollzeitstellen**, der in der Kompetenz der Regierung liegt, wird von Anfang 2020 auf Anfang 2021 verschoben. «Ohne diese Massnahme wird es nicht gehen. Die Verschiebung gibt uns etwas mehr Zeit für eine sozialverträgliche Umsetzung», sagt Finanzdirektorin Maya Büchi auf Anfrage. «Die Fluktuationsrate ist bereits

angestiegen.» Man schaue bei jeder frei werdenden Stelle, ob man sie wieder besetzen müsse. Aber: «Entlassungen sind im Moment absolut kein Thema.»

Auch die **Strassenverkehrssteuern** sollen angepasst werden. Konkret soll der steuerliche Bonus für energieeffiziente Fahrzeuge reduziert werden. Aus einer höheren Besteuerung sogenannter Dreckschleudern wird nichts. Die SVP hat sich in der Anhörung gegen diese ausgesprochen.

Budgetloser Zustand droht weiter

Wie gross sind die Erfolgchancen der aus dem Paket herausgelösten Vorlagen im Rat? Die Präsidenten der beiden grössten Fraktionen stimmen überein: «Ich schätze die Chancen als recht hoch ein», sagt Ivo Herzog (SVP, Alpnach). «Die umstrittenen Themen wurden ja bewusst auf nächstes Jahr verschoben» (siehe Kasten). Marcel Jöri (CVP, Alpnach) sagt: «Den vorgeschlagenen Massnahmen, wie sie heute vorliegen, wird die Fraktion grossmehrheitlich zustimmen.»

Eine Ausnahme macht Jöri bei der **Schuldenbegrenzung**. Denn auch mit den Gesetzesänderungen bleibt das Defizit jenseits des laut Finanzhaushaltsgesetz zulässigen Fehlbetrags von 2,4 Millionen. Daher beantragt die Regierung eine Übergangsbestimmung, die das Budget 2019 von dieser Regelung ausnimmt. Wird sie nicht angenommen, droht ein budgetloser Zustand. «Davon wusste man schon vor der Abstimmung. Jetzt kann der Kantonsrat nicht einfach die Gesetze ändern, damit es nicht dazu kommt», so Jöri.

Steuererhöhung bleibt ein Thema

Finanzen Die umstrittensten Elemente im gescheiterten Finanzpaket, namentlich die Erhöhung der Steuern, die Senkung der Individuellen Prämienverbilligungen (IPV) und die Beteiligung der Einwohnergemeinden an den Beiträgen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) will die Regierung in separaten Vorlagen im ersten Halbjahr 2019 weiterverfolgen. «Aus heutiger Sicht wird das Parlament über jede Vorlage einzeln abstimmen können», sagt Maya Büchi auf Anfrage.

Wie die Regierung schreibt, befürworten die Parteien grundsätzlich die Beteiligung der Gemeinden am NFA. Bei der IPV hätten CSP und SP signalisiert, dass Korrekturmassnahmen in diesem Bereich nur dann akzeptabel seien, wenn entsprechende Anpassungen auf der Steuerseite vorgenommen würden. Die Haltungen zu den Steuern gingen dagegen in zentralen Aspekten diametral auseinander. Einerseits werde die konsequente Fortführung der Steuerstrategie gefordert, andererseits eine stärkere Erhöhung der Vermögenssteuer oder gar die Wiedereinführung einer Progression.

Weiter teilt der Regierungsrat mit, er habe der Firma BAK Economics aus Basel den Auftrag erteilt, die Ausgaben des Kantons zu analysieren. Gestützt darauf wird der Regierungsrat im ersten Halbjahr Anpassungen im Leistungsbereich zur Reduktion der Ausgaben vorlegen. (fhe)



Finanzielle Fragen bestimmen in diesen und den nächsten Tagen die Gedanken der Obwaldner Kantonsräte und Regierungsmitglieder.
Symbolbild: Manuela Jans-Koch